

Statt der nationalen Identität

Laïcité, égalité und die republikanische Einheit bei Hollande

Nadine Pippel*

» Es ist erstaunlich, welch ein Wahlkampf François Hollande in Sachen republikanischer Lehre gelungen ist. Zwar hat er das Thema der nationalen Identität, das sein Vorgänger Nicolas Sarkozy so medienwirksam zu inszenieren verstand, bis in seine Amtszeit hinein gemieden. Vor dem Hintergrund der Eurokrise hat Hollande seine Vorstellungen der republikanischen Nation dennoch deutlich skizziert und versucht, ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Dadurch hat er sich gewiss als der „normale Präsident“ positioniert, den die Franzosen in ihm sehen sollen, zugleich aber auch als republikanischer Patriot.

Bekanntlich wurde die „nationale Identität“ besonders im vorletzten Präsidentschaftswahlkampf kontrovers diskutiert. Im März 2007 machte Nicolas Sarkozy das Thema zur „Chefsache“, indem er ankündigte, im Falle des Wahlerfolgs ein Ministerium für Immigration, Integration und nationale Identität einzurichten. In den nachfolgenden

Debatten erklärte der Vertreter der neogaullistischen Partei UMP ausführlicher, was diese nationale Identität ausmachen sollte: Seine Ansichten setzten sich dabei vor allem aus der Sorge vor einem vermeintlich unkontrollierten Zustrom an Immigranten und der Frage nach der inneren Sicherheit in Frankreich zusammen. Die derart

François Hollande et l'identité nationale

Pendant sa campagne électorale et même depuis son arrivée à la présidence de la République en mai 2012, François Hollande a réussi à éviter d'aborder le thème de l'identité nationale, mis largement en scène médiatiquement par son prédécesseur, Nicolas Sarkozy, ainsi que les problèmes liés à la reconnaissance de la diversité. Avec la crise de l'euro en toile de fond, il a brossé cependant avec clarté sa conception d'une nation républicaine. Le chef de l'Etat tient à se présenter aux Français, selon ses propres mots, comme un « *président normal* », mais aussi comme un patriote républicain, lorsqu'il évoque la laïcité, l'égalité et l'unité de la République.

Nicolas Sarkozy avait créé en 2007 un ministère de l'Immigration, de l'Intégration et de

l'Identité nationale, guidé par le souci d'éviter une arrivée trop massive d'immigrés dans le pays et par la volonté d'apporter une réponse aux questions soulevées par la sécurité intérieure en France. Cinq ans plus tard, après des débats particulièrement agités, le président sortant a soigneusement évité le thème de l'identité nationale pendant sa campagne électorale, sauf dans les derniers jours, lorsque Sarkozy a critiqué l'intention du candidat Hollande de réformer le droit de vote aux étrangers – un thème délicat, vaguement défini dans le contexte de la diversité et qui aura permis au futur chef de l'Etat de reprocher publiquement à Nicolas Sarkozy de faire abusivement l'amalgame entre immigrés et musulmans.

Réd.

* Nadine Pippel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am *International Graduate Centre for the Study of Culture* der Justus-Liebig-Universität Gießen.

nationalistisch geprägte Wahlkampfstrategie konnte die Kandidatin der sozialistischen Partei (PS), Ségolène Royal, nicht parieren. Zwar positionierte sie sich im Frühjahr 2007 zu Fragestellungen, die der nationalen Identität zugesprochen werden können, wie etwa dem Laizismus, sang öffentlich die Marseillaise, berührte bei Rückgriffen auf die französische Geschichte immer wieder heikle Punkte wie die Sklaverei, den Kolonialismus und die Vichy-Zeit und verteidigte die Idee einer „*France colorée*“ (eines bunten Frankreichs). Doch war es Sarkozy, der in dieser Auseinandersetzung von nationalistischen und patriotischen Positionen die Ängste der Franzosen zu kanalisieren verstand und die Wahl für sich entschied.

Einen anderen Ausgang nahm der Wahlkampf fünf Jahre später. Ebenso wie Nicolas Sarkozy, der nicht mehr der Herausforderer war und sich in der Frage nach der nationalen Identität zurückhielt, blieb auch der aussichtsreichste Gegenkandidat, François Hollande vom *Parti Socialiste*, im Wahlkampf vergleichsweise vage – ein Umstand, der den Parteien an den Rändern des politischen Spektrums phasenweise zu guten Umfragewerten verhalf.

Das änderte sich erst in jenem Fernsehduell, das vier Tage vor der Stichwahl am 6. Mai 2012 zwischen dem Präsidenten und seinem Herausforderer stattfand und den einzigen direkten Schlagabtausch der Kontrahenten bildete. Zwar wurde die „französische Identität“ auch hier nicht direkt diskutiert, kam aber indirekt zur Sprache, als es um Themen wie die Einwanderung, den Islam in Frankreich und das Ausländerwahlrecht ging, das Hollande reformieren wollte. Erwartungsgemäß hatten die beiden Präsidentschaftskandidaten hierbei unterschiedliche Meinungen, aber der Herausforderer Hollande verhielt sich nicht ganz so, wie einige Beobachter es vorhergesagt hatten. Er agierte geschickt und auch erstaunlich gelassen auf dem Terrain, das sich Sarkozy seit Jahren zu eigen gemacht hatte. Er ließ sich kaum provozieren und fiel seinem Gegenüber erst brüsk ins Wort, als dieser für den Begriff Einwanderer den Begriff Muslime verwendete – einen Begriff, den der sozialistische Präsidentschaftskandidat sofort hinterfragte.

Vielfalt und Laizismus

Daran kann durchaus kritisiert werden, dass Hollande trotz seines Einwurfs selbst keine klare Position hinsichtlich der Frage bezog, ob ethnische Ursprünge und religiöse Unterschiede von Migranten in einer multikulturellen Gesellschaft berücksichtigt werden sollten. Allerdings lässt der Einwand erkennen, dass Hollande im Gegensatz zu Sarkozy das kulturell „Andere“ nicht ausschließlich über eine religiös begründete Fremdheit begreift und es auch nicht starr von dem abgrenzt, was man als das französische „Eigene“ bezeichnen könnte. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er sich von der Unterscheidung zwischen nationaler Identität und Einwanderung distanziert, indem er in einem schriftlichen Beitrag zur Debatte um die nationale Identität Stellung bezog, die Sarkozy im November 2009 gemeinsam mit dem damaligen Minister für Integration und Immigration, Brice Hortefeux, initiiert hatte. Was es heißt, französisch zu sein, definierte Hollande in diesem Beitrag vage durch eine nicht weiter bestimmte „*harmonie*“ und nicht durch Ablehnung, Ausgrenzung oder eine hermetische Abriegelung von dem, was nicht französisch sein soll.

In einer ähnlichen Weise betonte der neue Präsident in seiner Rede zum 14. Juli 2012, wie notwendig es sei, „*unsere*“ Unterschiede anzuerkennen. Diese Äußerung lässt an das Konzept der Vielfalt denken, das seit einigen Jahren immer wieder diskutiert worden ist, wenn es um Fragen der Berücksichtigung und Anerkennung von Unterschieden ging. Dieses Konzept, mit dem kulturelle Unterschiede 2005 in einer Konvention der UNESCO für schützenswert definiert worden sind und das mittlerweile alle möglichen Unterschiede umfasst, wird meist sehr positiv verwendet, häufig aber auch allein auf eben jene kulturellen Unterschiede bezogen. Auf Hollandes Äußerung scheint eine solche einseitige Anwendung allerdings nicht zuzutreffen. Ganz im Gegenteil: Statt auf eine religiöse oder ethnische Unterscheidung von Migranten oder die Berücksichtigung allein von kulturellen Unterschieden abzielen, umfasst die Vielfalt bei ihm besonders kulturelle Ausdrucksformen, Chancengleichheit und die Vielfalt an Lebensentwürfen.

Viel wichtiger, als die kulturelle Vielfalt zu betonen, ist dem neuen Präsidenten der Laizismus, der sogar zu den insgesamt sechzig Vorschlägen seines Wahlprogramms gehört, das mit dem Slogan *Le changement, c'est maintenant* betitelt ist. Demnach will Hollande das Gesetz von 1905, das die Trennung von Kirche und Staat festlegt, in den Artikel 1 der Verfassung aufnehmen. Hierfür soll in einem ergänzenden Absatz festgelegt werden, dass Religionen frei ausgeübt werden können und eben jene Trennung von Kirche und Staat aufrecht erhalten bleibt.

Das ist bemerkenswert. Nicht nur, dass Hollande dabei das Konkordat beibehalten will, das die *Départements* des Elsass-Mosel-Gebiets von der Trennung zwischen Kirche und Staat ausnimmt und verschiedene Religionsgemeinschaften anerkennt. Der Vorschlag erstaunt auch angesichts der Tatsache, dass Frankreich in seiner Verfassung bereits als eine „unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik“ ausgewiesen ist und noch im April 2007 eine Charta zur Laizität im öffentlichen Dienst erlassen wurde. Aufschlussreich ist Hollandes Vorschlag jedoch allemal. Denn er will damit zwar den Laizismus hervorheben, dem in Frankreich ohnehin schon ein größerer Stellenwert als in den Nachbarländern eingeräumt wird. Er erklärt aber nicht, welche Vorteile dies bieten soll – was besonders interessant ist, wenn man daran denkt, dass der *Parti Socialiste* sich 2010 in der Abstimmung zum Burka-Verbot enthalten hat, statt sich im Sinne des Laizismus dagegen zu stellen. Zu vermuten ist deshalb, dass Hollande nicht auf eine tatsächliche freie Ausübung und eine Gleichstellung aller Religionen zielt, wie sie beispielsweise dem Vorschlag der grünen Präsidentschaftskandidatin Eva Joly, offizielle Feiertage für Juden und Muslime einzuführen, in Ansätzen zugrunde lag.

Letztlich wird das Vorhaben des neuen Präsidenten wohl ohnehin kaum umsetzbar sein. Denn der Laizismus ist schon oft unterschiedlich bewertet und gedeutet worden und würde sicher auch im Falle der beabsichtigten Aufnahme in die Verfassung Auseinandersetzungen um die dann gültige Interpretation auslösen. Während die Laizität schließlich in linken Lagern meist als ein Wert verstanden wird, in dessen Namen alle

Religionen im öffentlichen Raum gezeugnet werden, wird sie in rechten Lagern oft auf christliche Wurzeln zurückgeführt. Sarkozys Partei beispielsweise, die UMP, hat auf ihrem umstrittenen Parteitag im Jahr 2011 den Islam vom Anwendungsbereich des Laizismus ausgenommen.

„Vive la République et vive la France“

Auch wenn sich François Hollande vom Thema der nationalen Identität stets distanziert, bezieht er nicht nur in Bezug auf den Laizismus deutlich Position. Er entwickelt durchaus auch klare Vorstellungen seiner Sicht auf die Nation und Republik und die damit verbundene Bedeutung für die kollektive Identität Frankreichs. Im Vorwort seines schon genannten Wahlprogramms spricht er beispielsweise vom „republikanischen Versprechen“ und den „valeurs de la France“ (den Werten Frankreichs), die es in der Welt zu vertreten gelte, und definiert schließlich auch die „égalité“ (Gleichheit) als die „Seele Frankreichs“. Diesen republikanischen Wert erklärt Hollande in seiner Rede am Wahlabend etwas näher. In Tulle, der Stadt, in der er einst Bürgermeister war, nennt er die *égalité* gleich mehrfach und erläutert sie als einen Wert, der die Gleichheit aller Bürger mit den dazugehörigen Rechten und Pflichten und ebenso die Gleichheit zwischen Mann und Frau umfasst – was Hollande nach seiner Wahl auch dadurch umsetzte, dass er erstmals seit Mitterrands Regierung das Amt der Frauenministerin wieder einführte und mit der aus Marokko stammenden Französin Najat Vallaud-Belkacem besetzte. Hollande erklärt schließlich weiter, dass das Einzige, woran er sich am Ende seiner Amtszeit messen lassen wolle, die Frage sei, ob er zur Förderung von Gleichheit beigetragen habe.

Dass Hollande hier einen der Grundpfeiler der französischen Republik zum Prüfstein seiner Amtszeit macht, zeigt die Bedeutung, die er den republikanischen Werten beimisst. Darüber hinaus lässt die Rede erkennen, wie Hollande republikanische Vorstellungen von Frankreich entwickelt und patriotische Gefühle zu wecken versucht. So betont er, dass Frankreich nicht „irgendein Land, irgendeine Nation“ sei, sondern auf eine „*action commune*“ (gemeinsames Handeln) ziele, an der

„jeder Staatsbürger“ teilhaben solle. Außerdem spricht Hollande neben den Linken „*alle Republikaner*“ an und schließt seine Rede mit dem Aufruf „*Vive la République et vive la France!*“ Die Erwähnung und Erklärung nationaler Symbole auf der aktuellen Internetseite des Elysée-Palasts, einschließlich Trikolore und Marianne, erstaunt vor diesem Hintergrund nicht.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Bis in seine Amtszeit hinein führt Hollande damit die klassisch republikanische Position in der Auseinandersetzung von bürgerlichen Rechten und Linken fort, die er auch im gesamten Wahlkampf eingenommen hat. Während Sarkozy die nationalistische Position vor allem mit Sicherheitsbedenken besetzte und noch am Tag nach dem Fernsehduell im Mai 2012 in einer Rede auf die nationale Identität anspielte, erklärte Hollande stattdessen, dass er die Sorgen der Franzosen um den Verlust der eigenen Arbeit für wichtig erachte. So bezeichnete er die nationale Identität im bereits genannten Beitrag zur Identitätsdebatte von November 2009 als einen „*combat perpétuel*“ (einen fortwährenden Prozess), in dem die Identität sukzessiv und stets von Neuem aufgebaut werden müsse.

Darin unterschied sich Hollandes Wahlkampf auch von dem seiner ehemaligen Lebensgefährtin Ségolène Royal. Royal hatte meist ihre Sicht von Frankreich als einer „*France colorée*“ unterstrichen, um Sarkozys Sicherheitsbedenken ein positives Bild entgegenzustellen. Hollande wiederum nimmt die Vielfalt (*diversité*), die Royals Beteuerung zugrunde liegt, als gegeben an und versucht, sie in konkreten Maßnahmen zu repräsentieren: Sein Kabinett ist auffallend ethnisch gemischt, und auch der Umstand, dass 93 % der in Frankreich lebenden Muslime Hollande ihre Stimme gegeben haben, spricht für sich. Was Royal also mit der Verknüpfung von republikanischen Fragestellungen und einer multikulturellen Vision Frankreichs angelegt hat, führt Hollande mit dem Laizismus und der republikanischen Einheit auf die Spitze – und erzeugt republikanische Ansichten sozusagen in Reinform.

Vor diesem Hintergrund erstaunt mit Blick auf

den Wahlkampf von 2012 eine Sache besonders: Weniger der Umstand, dass die Linke den Laizismus vertritt, als dass mit Hollandes Absicht, dieses Konzept in der Verfassung hervorzuheben, auf ein anderes Vorhaben angespielt wird, zu dem sich Sarkozy 2008 geäußert hatte. Der damalige Staatspräsident hatte vorgeschlagen, die *diversité* in die Verfassung aufzunehmen. Das Vorhaben konnte jedoch nicht durchgesetzt werden, weil Kritiker die Werte der französischen Republik dadurch unterwandert sahen und befürchteten, dass kulturelle und andere Unterschiede allzu statisch fixiert und bewahrt würden – womit sie nicht Unrecht hatten: Wie Sarkozys Politik gezeigt hat, werden mit dem Bekenntnis zur *diversité* nicht automatisch Unterschiede anerkannt. Vielmehr kann das Konzept dadurch, dass es besonders im Umgang mit kulturellen Unterschieden bald dogmatisch verwendet wird, eben jene Unterschiede entschärfen, weil es andere gesellschaftsrelevante Merkmale von Identitäten wie diejenigen von Homosexuellen, Frauen und Männern oder auch von Migranten außer Acht lässt. In diesem Sinne kann die Affirmation der Vielfalt auch als ein Mittel verstanden werden, mit dem kulturelle Unterschiede in das Konstrukt der nationalen Identität integriert und dadurch in ihrer Fremdheit festgeschrieben werden können. Sie erweist sich insofern sogar als ein genuin „konservatives“ Projekt.

Republikanischer Patriot

Ebenso aufschlussreich wie der Umstand, dass gerade die bürgerliche Rechte die Anerkennung kultureller Identitäten als notwendig begreift, ist die Feststellung, dass François Hollande bis in seine Amtszeit hinein vor allem das Positive am gemeinschaftlichen Projekt Frankreich hervorhebt, dass er außerdem Themen wie den Laizismus, die Gleichheit und besonders die republikanische Einheit betont. Das jedenfalls lässt sich so oder so sehen: Das Problematische, das die Anerkennung und juristische Verankerung der Vielfalt nach sich ziehen können, vermeidet Hollande. Die Betonung des Gemeinschaftlichen lässt ihn zugleich aber als einen traditionellen Politiker erkennen, als einen republikanischen Patrioten gewissermaßen.